

# **Familie und Wirtschaft**

Beschluss des Bundesvorstandes der Jungen Union  
am 10. September 2004 in Garmisch-Partenkirchen

## **I. Einführung und Zielsetzung des Papiers**

Familienpolitik ist ein zentrales Beschäftigungsfeld für die Junge Union, weil sie alle bei uns engagierten Altersgruppen und die jungen Menschen, die wir erreichen wollen, betrifft: wir bewegen uns als Kinder in unserem familiären Umfeld, viele von uns stehen in der Gründungsphase eines selbständigen Familienlebens oder haben bereits Kinder.

Familienpolitik wird gerade in letzter Zeit immer stärker als Querschnittsthema begriffen, was dringend notwendig ist. Familienpolitik ist nämlich nicht denkbar ohne Sozialpolitik, etwa wenn es darum geht, durch das von der CDU vorgesehene Familiengeld Kinder aus der Sozialhilfeabhängigkeit herauszuholen oder unter demographischen Gesichtspunkten die Generationengerechtigkeit miteinzubeziehen. Familienpolitik kann auch niemals ohne Bildungspolitik im weitesten Sinne betrachtet werden, etwa wenn es um die Ganztagsbetreuung von Kindern in Kindertagesstätten geht oder um ein weitestgehend diversifiziertes Bildungsangebot, um z.B. die gezielte Förderung von Hochbegabten, von Kindern aus ausländischen Familien oder von Behinderten bestmöglich zu realisieren.

Familienpolitik ist zudem ein politisches Aufgabenfeld, das viel stärker als bisher in den Kontext einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik gesetzt werden muss. Familienleben und berufliches Engagement, schöpferische Tätigkeit und Erziehungsauftrag sind keine Gegensätze und dürfen deshalb auch nicht als solche im öffentlichen Bewusstsein erscheinen. Die täglichen Hürden bei der Vereinbarung dieser beiden Lebensbereiche sind uns allerdings wohlbekannt, sei es der Mangel an qualitativ hochwertigen Kindergartenplätzen (z.B. hinsichtlich des Bildungsprofils von Kindertagesstätten), sei es die Angst vieler Eltern, durch konsequente Wahrnehmung des Erziehungsauftrags den Anschluss im Berufsleben nicht mehr zu finden.

Unsere Handlungsmaxime soziale Marktwirtschaft und der Grundsatz der selbstbestimmten Familie unter dem besonderen Schutz des Staates sind zwei miteinander in Wechselbeziehung stehende Grundvoraussetzungen und Ausgangspunkte unseres Ansatzes für ein Miteinander von Familie und Beruf. Im Folgenden soll dargelegt werden, welches die notwendigen gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Wirtschaft sind und wo politischer Handlungsbedarf im Themenfeld „Familie und Wirtschaft“

geboten ist. Der gesellschaftlichen Wertschätzung der Erziehungsleistung und dem gesellschaftlichen Klima in dem junge Familien ihre Entscheidungen treffen, kommt dabei langfristig die größere Bedeutung zu.

## **II. Ausgangspunkte für ein Miteinander von Familie und Wirtschaft**

Familienpolitik wird – gerade unter demographischen Gesichtspunkten – nur dann langfristig erfolgreich, wenn eine Förderung des familiären Lebens in Gänze und nicht nur in bestimmten Entwicklungsphasen erreicht ist. Im Hinblick auf kommunale Familienpolitik sind hier besonders adäquate Rahmenbedingungen für die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie die Unterstützung familienfreundlicher Betriebe zu nennen.

Erfolgreiche Politik für Familien und Wirtschaft kann sich allerdings in derartigen Maßnahmen nicht erschöpfen. Sie würde dem dringenden politischen Handlungsbedarf nicht gerecht werden, beschränkte sie sich auf das Ausloben eines Wettbewerbs für den familienfreundlichsten Betrieb in einer Gemeinde oder einem Landkreis. Grundvoraussetzung und Spagat einer Politik für Familien und Wirtschaft ist es, die Förderung selbstbestimmter Familien bei geringster möglicher Beschneidung der unternehmerischen Freiheit der Wirtschaftssubjekte zu erreichen. Für uns als junge Christdemokraten bedeutet das: eine Förderung unabhängig von der tatsächlichen familiären Situation des Kindes, wobei Ehe und Familie für uns einen besonderen Stellenwert einnehmen. Christdemokratische Familienpolitik heißt auch, dass Familien über das „Wie?“ in der Erfüllung des Erziehungsauftrages selbst entscheiden. Dazu ist die Einführung des Familiengeldes und die Förderung eines breiten Spektrums von Erziehungseinrichtungen notwendig. Damit erteilen wir unseren politischen Konkurrenten eine klare Absage, die Familienfragen mit der Schaffung von immer mehr Ganztagsbetreuungsangeboten als geklärt ansehen.

Unser Konzept der sozialen Marktwirtschaft bedeutet eine Wettbewerbsordnung mit gleichen Startbedingungen unter Ausschluß von den Wettbewerb einschränkenden Monopolen oder Kartellen. Dieses Konzept heißt „soziale Marktwirtschaft“, weil der Schutz von Arbeitnehmern, sozial Schwachen und anderen Gruppen außerhalb der freien Wirtschaft gewährleistet werden soll.

Aufgrund dieser Ausgangspunkte ergeben sich zwei zentrale Fragen für die Auslotung des konkreten politischen Handlungsbedarfs:

- Wie bringt man Unternehmen dazu, von sich aus das Miteinander von Familie und Wirtschaft zu fördern, z. B. durch familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle?
- Wo muss der, Rahmenbedingungen für dieses Miteinander schaffen, wo spielen weitere gesellschaftliche Akteure dabei eine Rolle?

### III. Handlungsbedarf durch Wirtschaft und Politik

(1) Unternehmen können vor allem durch familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und generell eine flexibilisierte Arbeitszeitpolitik bei Arbeitnehmern mit kleinen Kindern, durch Betriebskindergärten, Unterstützung von Betreuungsgruppen und generelle unternehmensübergreifende Angebote einen bedeutenden Beitrag zu einem Miteinander mit Familien leisten. Dabei muss von einer differenzierten Betrachtung der Möglichkeiten von Unternehmen gerade in Hinsicht auf Produktionsweise und Größe ausgegangen werden.

(2) Gleichzeitig ist die Diversität des Betreuungs- und Erziehungsangebotes zu bewahren und eine Flexibilisierung von Betreuungszeiten zu erreichen. Anreizsysteme für Unternehmen zur Errichtung und Erweiterung einer familienfreundlichen Infrastruktur müssen geschaffen bzw. ausgebaut werden.

(3) Die Junge Union tritt für die Einführung des Familiengeldes ein.

(4) Das momentan bestehende Erziehungsgeld ist zu erhöhen und nach Einführung des Familiengeldes mit diesem zu koppeln. Es ist auf die Bezugsmöglichkeit von drei Jahren zu erweitern; Erziehungszeitmodelle wie in Österreich (bis 3 Jahre) sind auf ihre Übernahmetauglichkeit für Deutschland zu überprüfen.

(5) Rechtliche Rahmenbedingungen sind auf ihre tatsächliche Familienfreundlichkeit hin zu prüfen. Der von der Regierung Schröder in der 14. Wahlperiode eingeführte Rechtsanspruch auf Teilzeit hat beispielsweise in der Praxis dazu geführt, dass junge Frauen in vielen Fällen erst gar nicht mehr in Unternehmen eingestellt werden.

(6) Angesichts der Tatsache, dass Frauen gemittelt immer noch deutlich weniger verdienen als Männer, dass sie noch immer viel größere Schwierigkeiten haben, einen ausbildungsadäquaten

Arbeitsplatz zu finden und sich in den vergangenen Jahren der Zuwachs an Frauenarbeitsplätzen fast ausschließlich auf Teilzeitarbeitsplätze zurückführen lässt, müssen hier starke Anstrengungen unternommen werden, gerade Familien bessere Einkommensvoraussetzungen zu schaffen.<sup>1</sup>

(7) Denkbar wäre es, zur Verbesserung der Vereinbarkeit von familiären Fürsorgeverpflichtungen und Beruf flexibel einsetzbare, bezahlte Zeitguthaben für Eltern je Kind zu schaffen, die Unternehmen nicht einseitig belasten. Um Unternehmen finanzielle Spielräume zum Ergreifen von Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie zu verschaffen, sollten sie von Kosten im Zusammenhang mit der Mutterschaft entlastet werden. Diese fallen in gesamtgesellschaftliche Verantwortung und sollten auch so finanziert werden.

(8) Angesichts der bekannten Tatsache, dass mittlerweile etwa 40% aller Akademikerinnen kinderlos bleiben, muss ein besonderes Augenmerk der Familienpolitik auf die Situation von Frauen in höher qualifizierten Berufen gerichtet werden, die oftmals aus beruflichen Gründen den vorhandenen Kinderwunsch immer weiter aufschieben.

(9) Besonders auf kommunaler Ebene sind Privatinitiativen wie Tagesmutterbörsen wo möglich zu fördern.

(10) Nicht zuletzt sind praktische Konsequenzen aus unserem generellen familienpolitischen Ansatz zu ziehen, dass Erziehung gesellschaftlich nicht mehr als Belastung, sondern als zentrale Aufgabe und Bereicherung verstanden wird. In der Praxis wäre eine derartige Aufwertung z.B. durch die stärkere Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf Rentenansprüche durchzusetzen.

(11) Gesetzentwürfe sollen grundsätzlich auf ihre Familienfreundlichkeit hin überprüft werden. Stärkeres Augenmerk als bisher muss auf Erwerbsbeteiligung von Müttern und auf Alleinerziehende gelegt werden.

---

<sup>1</sup> Zahlen: Christina Klenner, Geschlechtergleichheit in Deutschland?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33-34/2002, S. 17-28, S. 18.